Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

12 (15.1.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 12 — Freitag, den 15. Januar 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Das neue Kabinett Laval ist gebildet, Briand kehrt nicht wieder, Tardieu übernimmt das Kriegsministerium.

*

In der Tributfrage ist ein neuer, gefährlicher Plan aufgetreten. Frankreich beabsichtigt durch Hergabe von Aktien der Deutschen Reichsbahn einen Teil der ungeschützten Reparationen zu erzwingen.

*

Die Mailänder Zeitung „Popolo d'Italia" veröffentlicht einen Appell an Amerika für Streichung der Tribute.

*

Die Reichspräsidentenwahl soll nach der „Germania" am 13. März stattfinden. Das Reichsinnenministerium wird sich dieser Tage über die Zulassung des Volksbegehrens des Jungdeutschen Ordens entscheiden.

*

Der Reichsrat stimmte in seiner Vollsitzung am Donnerstag dem Abkommen über Erleichterungen im Eisenbahnverkehr mit Ostpreußen im Durchgang durch Polen, sowie im Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland und dritten Staaten im Durchgang durch Polen, Danzig und Ostpreußen zu. Ferner stimmte der Reichsrat einem Abkommen mit Oesterreich über die Regelung der Anschluß- und Uebergangsverhältnisse im Eisenbahnverkehr zu.

*

Der Vorstand, Landtags- und Reichstagsfraktion des Zentrum traten am Donnerstag in Berlin zu einer Sitzung zusammen, in der eine eingehende Aussprache über die politische Lage stattfand. Die Aussprache ergab eine völlig einmütige Auffassung der Parteiinstanzen.

*

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute nachmittag den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag.

*

Die Deutsche Staatspartei hat einen Aufruf erlassen, in dem das deutsche Volk aufgefordert wird, eine Bürgerfront gegen die Verzweiflung des Radikalismus aufzurichten im Kampf für wahres Deutschtum.

*

Donnerstag vormittag ist Graf Bethlen im Rom eingetroffen. Er besuchte Mussolini, jedoch wird über die Unterredung an zuständiger Stelle Stillschweigen bewahrt.

*

Hoover wird bei der nächsten Präsidentschaftswahl wieder kandidieren.

Was bringt die Abrüstungskonferenz?

Internationale Umfrage über die Aufgaben der Abrüstungskonferenz

Paris, 14. Jan. Die politische und literarische Wochenschrift „Les Annales" veröffentlicht in ihrer morgen erscheinenden Nummer die Antworten verschiedener Persönlichkeiten auf die Rundfrage: „Sollen wir abrüsten?"

Der **englische Premierminister Macdonald** erklärt u. a.: Daß nach dem letzten Kriege wir alle bis an die Zähne bewaffnet sind in einem nichtigen Bemühen um Sicherheit, daß unsere nationalen Industrieen von Steuern erdrückt werden, um nur die Rüstungskosten aufbringen zu können, für die der Beweis erbracht wurde, daß, wenn sie im Uebermaß angewendet würden, sie weder für die Sieger noch für die Besiegten Bequemlichkeit und Ruhe schaffen — das ist eine der eigenartigen Nutzlosigkeiten, durch die die Nationen sich immer noch täuschen lassen, wenn sie weder den Mut noch die Klugheit besitzen, den geraden Weg des gesunden Menschenverstandes zu gehen.

Der englische Innenminister Sir Herbert **Samuel** erklärt: Die feierliche Verpflichtung für die Abrüstung einzutreten, wie sie im Völkerbundsstatut angenommen wurde und auch im Versailler Vertrag in der Erklärung der alliierten Mächte an Deutschland sowie im Protokoll von Locarno enthalten ist, wird erfüllt werden müssen. Die Abrüstungsmaßnahmen haben allgemein und gleichzeitig zu erfolgen. Die Behauptung, bereits in einem nennenswerten Maße abgerüstet zu haben, ob es sich um eine Behauptung von englischer, französischer oder anderer Seite handelt, muß gemeinsam Punkt für Punkt geprüft werden. Die Sicherheit muß in einer Senkung und nicht in einer Erhöhung des Rüstungsniveaus gesucht werden.

Der deutsche Delegierte der Vorbereitenden Abrüstungskommission, Graf **Bernstorff**, betont, die allgemeine Abrüstung ist eine der gebieterischsten Notwendigkeiten unserer Zeit und stellt auch eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes dar.

Reichswehr- und Innenminister Dr. Gröner äußert sich: Deutschland hat Anspruch auf gleiche Behandlung wie alle anderen Länder. Es hat Anspruch auf den gleichen Sicherheitsgrad und die gleiche Abrüstungsmethode. 1919 hat es die feierliche Zusicherung erhalten, daß die anderen Länder ihm auf dem Wege, den es durch die sofortige Abrüstung beschritten hat, folgen werden.

Der polnische **Außenminister Zaleski** tritt für die von der polnischen Regierung auf der letzten Völkerbundstagung gemachten Anregung ein: Durchführung der moralischen Abrüstung und Organisierung eines Systems gegenseitigen Beistandes gegen einen eventuellen Angreifer.

Der **japanische Delegierte** beim Völkerbund, Sawada, glaubt, daß die Abrüstung kommen werde, ist aber auch der Ansicht, daß sie nur nach und nach durchgeführt werden kann. Man dürfe nicht zu optimistisch sein; wenn die Hoffnungen zu groß seien, könne die Enttäuschung nicht ausbleiben.

Der Führer der indischen Bewegung, **Gandhi**, ruft den Staatsmännern zu, sie möchten jetzt entscheiden, ob man am Vorabend einer neuen Weltkrise stehe. Sie dürften nichts unterlassen, um eine so gewaltige Katastrophe zu verhindern.

*

Deutsche Erklärungen nach Genf

T.U. **Berlin**, 15. Jan. Das Reichskabinett wird sich in seiner heutigen Sitzung u. a. auch mit den Sitzungen des Völkerbundsrat beschäftigen, die Ende Januar in Genf beginnen. Zur Vorbereitung der Verhandlungen, die im Völkerbundsrat vor allem über wirtschftliche Probleme stattfinden sollen, hat, nach einer Meldung Berliner Blätter, die Reichsregierung dem Völkerbundssekretariat ihre Stellungnahme zu einzelnen wirtschafts- und handelspolitischen Problemen mitgeteilt. So wird in einer deutschen Erklärung zu dem Wirtschaftsbericht des Studienkomitees für die europäische Zusammenarbeit der Grundsatz gebilligt, daß die europäischen Staaten mit dem Ziel, einen einheitlichen europäischen Markt herzustellen, zusammenarbeiten sollen.

Deutschland ist damit einverstanden, daß durch einzelne Vereinbarungen, dieses Ziel schrittweise erreicht werden soll und es schließt sich der Feststellung an, daß die jetzigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Teil auf die Zerstückelung Europas in zahlreiche Zollgebiete zurückzuführen sind. Die deutsche Erklärung nimmt diese von dem Europa-Komitee getroffenen Feststellungen zum Anlaß, um darzulegen, daß in der letzten Zeit mehrere europäische Staaten ihre Einfuhr eingeschränkt und eine Devisenbewirtschaftung eingeführt haben, sodaß der Handel erst recht behindert, statt gefördert wird. Dem Plan, einen einheitlichen europäischen Markt zu schaffen, könnten solche Maßnahmen der einzelnen Staaten jedenfalls nicht dienen, sondern sie müßten schließlich zu einer Zerstörung der Handelsbeziehungen führen. Wenn also an dem Grundsatz der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas festgehalten werden soll, müßten sehr bald die handelspolitischen Maßnahmen getroffen werden, die die Sachverständigen der B.I.Z. schon im August 1930 verlangt haben. Eine andere deutsche Erklärung beschäftigt sich mit den Beschlüssen des Völkerbundes zur Handelspolitik und vor allem zu den Meistbegünstigungsverträgen zu den Vorzugszöllen. Auch hier wird festgestellt, daß zwar der Grundsatz, Vorzugszölle zu gewähren, die Deutschland in einer Uebereinstimmung mit dem Völkerbund, z. B. gegenüber Rumänien und Ungarn durchgeführt hat, nicht dem Meistbegünstigungssystem widerspricht, wohl aber die Schritte zur Einfuhrbeschränkung, die im Laufe des Winters von mehreren europäischen Staaten vorgenommen worden sind.

Eine Denkschrift Laytons über Reichsbahn und Tributfrage

T.U. **London**, 14. Jan. Wie jetzt bekannt wird, liegt dem englischen Kabinett außer dem Baseler Bericht, der sich bekanntlich sehr eingehend mit der Reichsbahnfrage beschäftigt, auch eine Denkschrift Laytons zu dieser Frage vor. Sie sieht bestimmte Möglichkeiten vor. In diesem Zusammenhang muß man auch die letzten Erklärungen Laytons über die „Unwirtschaftlichkeit" der völligen Tributstreichung betrachten.

*

Die Verfolgung des französischen Reichsbahnplanes in London doch noch nicht aufgegeben?

T.U. **London**, 14. Jan. Entgegen den Erklärungen, daß der französische Plan, die ungeschützten deutschen Zahlungen durch Eisenbahnobligationen abzudecken, in London endgültig aufgegeben worden ist, wird von anderer Seite behauptet, daß sich englischerseits der Hauptwiderstand nur dagegen richte, auch Amerika einen Teil der Eisenbahnobligationen an Stelle von Schuldenzahlungen zu überweisen. Englischerseits erhebt man auch noch Einwände gegen die von Frankreich vorgeschlagene technische Behandlung der Frage. Im ganzen genommen scheint es also fraglich, ob die englische Politik auf die Heranziehung der deutschen Reichsbahn bei der endgültigen Lösung der Tributfrage bereits gänzlich verzichtet hat.

Laval antwortet Brüning Dienstag?

T.U. **Paris**, 14. Jan. Laval wird am Dienstag die Regierungserklärung in der Kammer verlesen. Man rechnet damit, daß er dabei auch auf das letzte Interview Brünings über die Tributfrage antworten wird.

England für Endlösung

T.U. **Berlin**, 15. Jan. Berliner Blätter geben eine Reuter-Meldung aus London wieder, in der es u. a. heißt: Obwohl es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht so aussieht, als ob eine endgültige Regelung der Reparationsfrage erfolgen könnte, würde doch, wie man zu wissen glaubt, die englische Regierung mit einer Zwischenlösung allein nicht zufrieden sein, die nur darauf hinausläuft, daß man auf der Stelle marschiert. Die zuständigen amtlichen britischen Kreise unterstützen einigermaßen die Ansicht, daß ein langfristiges Moratorium nicht genüge; wenn man jetzt keine endgültige Regelung erlangen könne, so wäre es besser, einen Vergleich zu schließen, der die Endlösung beschleunigt, anstatt sie zu vertagen. Dieser Ansicht dürfte es zuzuschreiben sein, wenn die englische Regierung das Reparationsproblem studiert und ihre Bemühung darauf richtet, den Weg für eine günstigere Stimmung freizumachen, um dadurch eine endgültige Regelung in den Bereich des Möglichen zu rücken. Man glaubt zu wissen, daß die englische Regierung es vorziehen würde, wenn die Kriegsschuldenfrage in Lausanne nicht erörtert würde und sich die Konferenz einzig und allein auf das Reparationsproblem beschränken würde. Im übrigen ist das Datum des 25. Januar feststehend. Man glaubt nicht, daß die Konferenz länger als eine Woche dauern wird.

Italienischer Appell an Amerika

Mailand, 14. Jan. „Popolo d'Italia" veröffentlicht unter der Ueberschrift „Ansprache an Amerika" einen Artikel, in dem es u. a. heißt: **Es gibt nur einen einzigen Staat, der niemandem etwas schuldet und der Gläubiger aller ist: Das sind die Vereinigten Staaten von Amerika.** Daß man früher oder später zu einer Streichung der deutschen Reparationen gelangen müsse, war bereits allgemeine Ueberzeugung. **Die deutsche Regierung hat jetzt der ganzen Welt durch ihre Botschafter offiziös zur Kenntnis gebracht, daß Deutschland weder heute noch morgen, noch jemals zahlen könne. Das ist die vollendete Tatsache. Als solche ist sie unwiderruflich.** England brachte durch seinen Premierminister zur Kenntnis, daß es sich der Annahme radikaler Lösungen nicht widersetze. Frankreich findet in der noch nicht präzisierten Haltung der Vereinigten Staaten einen Grund für seine Unnachgiebigkeit. **Der Schlüssel zur Lösung des Problems befindet sich also in den Händen der Vereinigten Staaten.** Was tun?

Es gibt jetzt nur noch ein Mittel, um aus dieser Lage herauszukommen, indem nämlich die europäischen Staaten auf ihre gegenseitigen Stellungen als Schuldner und Gläubiger verzichten. Ist dieser erste Schritt getan, so müßten die europäischen Staaten **eine Einheitsfront der Schuldner gegenüber Amerika bilden. Nach Verzicht auf ihre Kredite könnten sie mit ruhigem Gewissen die Streichung ihrer Schulden seitens der Vereinigten Staaten fordern.** Gegenüber solcher Willensbekundung ganz Europas, das durch gegenseitigen Schuldenerlaß bewiese, daß es den Unterschied zwischen Siegern und Besiegten überwunden hätte, würden die Vereinigten Staaten sicherlich nicht den Mut haben, hartnäckig zu bleiben. **Die Amerikaner würden es ablehnen, in der Geschichte der Menschheit als die einzigen dauernden Nutznießer des Krieges zu erscheinen.**

Außer den moralischen Beweggründen gibt es solche materieller Art, solche, die die Amerikaner veranlassen müßten, selbst **die Blutrechnung zu schließen.** Wenn schon das einjährige Hoovermoratorium die Welt ermutigen konnte, wie kann man dann an einer Erholung zweifeln, wenn der Weg ein für allemal von den vielleicht größten Hindernissen befreit ist, was heute die Völker lähmt. **Es liegt im Interesse der Vereinigten Staaten selbst, die Geste einer Verzichtleistung zu machen. Der erste Schritt aber muß in Europa getan werden. Die große Glocke der Realität läutet Sturm zwischen den beiden Ufern des Atlantischen Ozeans.**

*

Auch Gayda sagt, daß Frankreich befriedigt sein könnte

T.U. **Rom**, 14. Jan. Der zweite Artikel des „Popolo d'Italia", der den Weg zur Streichung der Tribute und Kriegsschulden zeigt, findet in der ganzen Oeffentlichkeit Italiens starken Widerhall. Man ist von der Aufnahme des ersten Artikels in Amerika befriedigt und betont, daß Italien auf der gleichen Linie sich mit England befinde. Im halbamtlichen „Giornale d'Italia" sagt Gayda, daß die heutige Aufforderung des „Popolo d'Italia" den ersten wirklich aufbauenden paneuropäischen Versuch darstelle. Mussolini arbeite auf die Vereinigung Europas hin. Gestützt auf reiches Zahlenmaterial weist Gayda nach, daß Frankreich schon 19 Milliarden erhalten habe, während nach Angaben des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten der Wiederaufbau nur 13,5 Milliarden Mark gekostet hätte. Frankreich könnte sich also zufrieden geben. Die europäische Front, die Mussolini wolle, ziele auf die Verständigung zwischen beiden Ufern des Atlantiks ab. Amerika sei in Wirklichkeit garnicht gegen eine Verquickung der Tribute und Kriegsschulden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Das neue Kabinett Laval

Paris, 14. Jan. Um 1 Uhr früh ist das dritte Kabinett Laval gebildet worden. Ministerpräsident Laval übernimmt mit der Ministerpräsidentschaft auch das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten. Der bisherige Landwirtschaftsminister Tardieu übernimmt für den verstorbenen Maginot das Kriegsministerium. Der bisherige Unterstaatssekretär Chatala wird Innenminister und der bisherige Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Fould, wird Landwirtschaftsminister. Alle übrigen Ministerportefeuille bleiben in den Händen ihrer bisherigen Inhaber.

*

Laval verhandelt weiter mit Briand

Paris, 14. Jan. Ministerpräsident Laval hat sein neues Kabinett noch um Mitternacht dem Präsidenten der Republik vorgestellt. Die Unterstaatssekretariate für Inneres und Landwirtschaft werden nicht mehr besetzt. Das Kabinett umfaßt also 24 Abgeordnete und 4 Senatoren. Laval gab folgende Erklärung ab: Ich habe im Verlaufe meiner Unterredung mit **Briand** diesen dringend **gebeten, der Regierung seine Unterstützung weiter zu gewähren.** Ich werde aufs neue mit ihm hierüber verhandeln. Die Regierung tritt am Dienstag vor das Parlament. Senator Paul Boncour hatte das Angebot Lavals, als Nachfolger Briands das Außenministerium zu übernehmen, abgelehnt.

*

Laval bei Briand

Paris, 14. Jan. Ministerpräsident Laval statttete **Briand** einen Besuch ab. In der Umgebung Briands versichert man, **daß dieser sich nicht bereitfinden lassen werde, im neuen Kabinett einen Posten als Staatsminister ohne Portefeuille zu übernehmen.** Mitglieder der diplomatischen Kreise haben Briand ihr Bedauern wegen seiner Amtsniederlegung ausgesprochen.

Vertrauenserklärung der Radikalen für Briand

Paris, 14. Jan. Die radikale Kammerfraktion hat eine Sitzung abgehalten und eine Entschließung gefaßt, in der **Briand das Vertrauen der radikalen Partei** und ihre Verbundenheit mit der Friedens- und Annäherungspolitik der Völker, die er immer vertreten habe, zum Ausdruck gebracht wird

Briand verabschiedet sich.

T.U. **Paris,** 14. Jan. Am Donnerstag verabschiedete sich Briand von den französischen Pressevertretern. In diesem Zusammenhang wird übereinstimmend hervorgehoben, daß Briand einen körperlich etwas ermüdeten, geistig jedoch frischen Eindruck gemacht habe. Briands Freunde betonen, daß Briand aus politischen Gründen zurückgetreten sei. Durch den Rücktritt des Gesamtkabinetts sollte sein Ausscheiden erzwungen werden. Man zweifelt nicht, daß Briand bei den Neuwahlen eine höchst bedeutsame Rolle spielen wird.

*

Im Spiegel der Presse

Paris, 14 Jan Die Neubildung des Kabinetts Laval hat keine große Ueberraschung ausgelöst. Das Kabinett findet bei den meisten Blättern eine günstige Aufnahme, mit Ausnahme derjenigen Organe, die zum Ausdruck bringen, daß die Demission keinen anderen Zweck gehabt habe als den bisherigen Außenminister **Briand auszubooten.**

„Petit Parisien" erklärt, jeder werde sich zur glücklichen und schleunigen Lösung der Krise beglückwünschen.

„Echo de Paris" sagt, zweifellos wäre ein Kabinett auf verbreiterter Grundlage, außenpolitisch gesehen, wünschenswert gewesen; aber die neue Regierungsmehrheit sei solide genug, um Frankreichs Rechte energisch zu verteidigen.

Das Nationalistische Blatt **„L'Ordre"** schreibt, nach Briands Abgang müsse der Ministerpräsident eine auswärtige Politik festlegen, die den Notwendigkeiten des Landes entspreche.

„Oeuvre" erklärt, daß erst die französischen Neuwahlen eine endgültige außenpolitische Richtlinie erbringen könnten Bis dahin dürfe keine Regierung sich auf den internationalen Konferenzen festlegen und auf keinen Fall dürfe die Regierung mit der Politik Briands brechen.

„La Republique", das Blatt Daladiers, bezeichnet den ganzen Kabinettswechsel als eine Komödie. Im Auslande werde man sich über einen so ausgesprochenen Mangel an Respekt vor dem Manne von Genf wundern.

In ähnlichem Sinne äußert sich der sozialistische **„Populaire"**. „Man muß den Mut haben", sagt **„Republique"**, „den Dingen ins Auge zu sehen. **Zwei Monate vor den deutschen Wahlen und einen Monat vor der Abrüstungskonferenz hat man den Minister geopfert, der für alle Völker das Symbol des Friedens war.** Man entläßt den Außenminister, so wie Wilhelm der Zweite einen ihm nicht genehmen Kanzler verabschiedete. Und das alles geschieht, als ob es keine Abgeordnete und Senatoren gäre. Wir lassen Europa und die ganze Welt glauben, daß die Franzosen der europäischen Verständigung den Rücken kehren und sich wieder zu dem Verfahren von 1923 wenden, also zur nationalen Vereinsamkung und internationalem Zank. Was wird bei alledem aus den Interessen Frankreichs und seinem Geschick?"

Der Brand bei Sarrasani

Antwerpen, 14. Jan. Hans Stosch-Sarrasani sprach sich, wie die Belgische Telegraphenagentur meldet, dahin aus daß seiner Meinung nach das Feuer im Zirkus **nicht auf Brandstiftung zurückzuführen sei.** Sarrasani unterstrich weiter die freundliche Anteilnahme, mit der ihn die Antwerpener Bevölkerung empfangen habe. Er habe in Antwerpen nur Unterstützung und Beistand bei Behörden, Presse und Bevölkerung gefunden. Sarrasani sprach dem Militär seinen Dank für die Hilfe aus, die ihm bei dem Unglück geleistet wurde. Wenn die Feuerwehr mit solcher Verspätung eingetroffen sei, so sei dies nur auf das Abkommen zwischen Stadt und Vororten über **Hilfeleistung** bei Bränden zurückzuführen. Falls es in Lüttich zu einigen Zwischenfällen gekommen sei, so seien diese bald beigelegt worden.

Deutschland

Deutsche Intervention in Warschau wegen der Optantenausweisungen

Berlin, 14. Jan. Der deutsche Gesandte in Warschau hat, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, bei der polnischen Regierung in Warschau wegen der Ausweisung der 70 Optantenfamilien aus dem Korridorgebiet interveniert. Die polnische Regierung hat schnellste Nachprüfung der Angelegenheit und umgehende Benachrichtigung zugesagt

Senkung der Margarine-Preise

Berlin, 14. Jan. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, haben die Verhandlungen des Reichskommissars für die Preisüberwachung mit den Spitzenverbänden der **Margarineindustrie** zu dem Ergebnis geführt, **daß die Preise für alle Sorten, außer der billigsten, um durchschnittlich 10 Prozent gesenkt worden sind.** Für die billigste Margarine sind die Preisbindungen bereits durch die Notverordnung aufgehoben worden. Teilweise sind die bisherigen Kartellpreise, die für diese Sorte 33 Pfg. betrugen, schon auf 29 und 28 Pfennig zurückgegangen.

Tschechische Militärflugzeuge über Schlesien

Breslau, 14. Jan. Ueber Bad Kudowa in der Grafschaft Glatz sind gestern, wie die „Breslauer Neuesten Nachrichten" melden, drei tschechische Militärflugzeuge gesichtet worden, die mehrere Male in 30 bis 40 Meter Höhe den Bahnhof umkreisten und hiernach wieder der Grenze zuflogen.

Noch kein Ergebnis der Rettungsarbeiten auf der Karsten-Zentrum-Grube.

T.U. **Beuthen,** 15. Jan. Die Rettungsarbeiten auf der Karsten-Zentrum-Grube haben am Donnerstag bis gegen Mitternacht noch zu keinem Ergebnis geführt.

Ausland

„Times" über eine Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs

London, 14. Jan. Der Berliner Korrespondent der „Times" sagt: Wenn Präsident von Hindenburg im Alter von 84 Jahren nach einem Leben, das dem Dienste für den Staat gewidmet war, sich bereit erklärt, wieder für die Präsidentschaft zu kandidieren, so würde dies **ein patriotisches Opfer** und nicht ein Zugeständnis an politische Manöver sein. Der ganze Sinn seiner Wiederwahl würde darin liegen, daß sie eine Bekundung von Einigkeit wäre.

Versteigerung der Kisten der Erzbergermörder in Budapest

Budapest, 14. Jan. 24 Kisten und Koffer, die die wegen Ermordung Erzbergers nach Ungarn geflüchteten Förster-Schultze und Tillessen einem hiesigen Lagerhaus in Verwahrung gegeben hatten, wurden nach einer Meldung des Blattes „Az Est" jetzt versteigert, da die Lagergebühren nicht bezahlt worden waren. Eine der Kisten war vollgestopft mit Milliardenbanknoten aus der Inflationszeit; zwei weitere waren mit Zigaretten und Tabak gefüllt, andere Kisten enthielten Lebensmittel und Hausrat. Irgend welche aufschlußreiche Papiere wurden nicht gefunden. Der Inhalt der Kisten wurde von einem Transportunternehmen um 400 Pengö erworben. Er wird zum Teil eingestampft, zum Teil auf dem Trödelmarkt verkauft werden.

Wovon man spricht

Raubüberfall auf einen Berliner Juwelier

Berlin, 14. Jan. Ein schwerer Raubüberfall wurde von Autoräubern auf das Juweliergeschäft von Hüsselmann in Lichtenberg verübt. Die Verbrecher schlugen die Scheibe ein, bedrohten den Inhaber mit Pistolen und raubten für 10 000 Mark Brillantringe. Die Räuber sprangen in ihr wartendes Auto zurück. Der Führer hatte ständig den Motor laufen lassen. Auf die lauten Rufe des Juweliers eilten zwar einige Passanten den Räubern nach, konnten sie aber nicht einholen. Ein Bierkutscher ergriff einen Kasten mit Flaschen und schleuderte ihn nach dem Wagen. Er traf nur die rechte Türseite. Die Räuber entkamen.

Waffenfunde in einem Wiener Arbeiterheim

Wien, 14. Jan. Wie die "Wiener Neuesten Nachrichten" zur Aushebung des Depots von Waffen und Munition im Ottakringer Arbeiterheim erfahren, wurde festgestellt, daß die Wiener Waffenfabrik Spitak und Zipil im letzten Jahre rund 10 000 Handgranaten für den Republikanischen Schutzbund geliefert hat, 5000 dieser Handgranaten wurden bereits im Frühjahr 1931 in einem sozialidemokratischen Lokal beschlagnahmt. Wo die anderen 5000 Handgranaten sich befinden, ist noch unbekannt. Die 150 beschlagnahmten Glasballons wurden im militärtechnischen Institut untersucht. Das gesamte Material wurde der Staatsanwaltschaft Wien übergeben.

Unheimlicher Gast in einer Bananenkiste

Apenrade, 14. Jan. Beim Oeffnen einer Bananenkiste in einer hiesigen Südfrüchtehandlung kroch zwischen den Fruchtbüscheln eine 1 Meter lange Schlange hervor. Das Tier hatte den Transport gut überstanden. Dem Vernehmen nach soll es sich um eine Copra handeln.

Ein polnischer Bauer von Wölfen gefressen

Warschau, 14. Jan. Im Wilnaer Land wurde ein Bauer, der betrunken im Walde eingeschlafen war, von Wölfen getötet und teilweise gefressen. Am nächsten Morgen fanden Landleute die Ueberreste des Leichnams.

Aus dem Gerichtssaal

Zwei Jahre Gefängnis für den Astrologie-Schwindler Wiegmann

Karlsruhe, 13. Jan. Wegen fortgesetzten Betrugs im Rückfall und Urkundenfälschung stand vor dem Schöffengericht ein gemeingefährlicher Schwindler, der 36jährige vorbestrafte, verheiratete Dentist Rudolf Wiegmann aus Halle. Der Angeklagte kam im Sommer 1930 nach Karlsruhe, wo er sich als Homöopath und Astrologe Dr. Rabenstein niederließ. Er hielt hier und an anderen Plätzen astrologische Vorträge und gewann zahlreiche Anhänger, die er in einem Verein für wissenschaftlichen Okkultismus zusammenschloß, dessen Geschäftsräume sich in der Stefanienstraße befanden. Das Büro beschäftigte nicht weniger als 12 Angestellte. Einer Reihe Vereinsmitglieder von hier und auswärts, in der Mehrzahl Frauen, machte er vor, ihr Horoskop stünde günstig für Spekulationen. Er riet ihnen, sich Geld zu verschaffen, um es durch Spekulationen und Rennwetten, die er ihnen selbst durchführen wollte, zu verzehnfachen. Die Leute glaubten dem Schwindler und brachten ihm erhebliche Geldbeträge — insgesamt über 20 000 Mark —, um durch den Angeklagten die günstige Konstellation der Sterne ausnutzen zu lassen. Das Geld verwendete er für seine eigenen Zwecke und die betrogenen Opfer betrauern noch heute den Verlust ihrer Ersparnisse. Als ihm der Boden in Karlsruhe zu heiß wurde, verschwand er. Im Jahre 1931 verlegte er sein Tätigkeitsfeld nach Frankfurt am Main. Sein dortiges Gastspiel dauerte nur bis Februar, wo er verhaftet wurde. Er übte dort als Dr Naumann eine ärztliche Praxis aus, stellte Diagnosen, schrieb Rezepte für ungefährliche Mittel und steckte saftige Honorare ein. Einer seiner zahlreichen Patienten fühlte sich betrogen und erstattete Anzeige, worauf die Polizei zugriff und den eifrig gesuchten Schwindler festnahm. In der Zwischenzeit wurde er vom Schöffengericht in Kiel, wo er ebenfalls ein Betrügergastspiel gegeben hatte, zu einer zweijährigen Zuchthausstrafe verurteilt. Die Betrugsfälle in Frankfurt und Karlsruhe standen nun zur Anklage. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

Schmuggler vor Gericht

Lörrach, 13. Jan. Ein Hauinger Händler und dessen Knecht wurden wegen Zuckerschmuggels vom Einzelrichter abgeurteilt. Der Händler erhielt einen Monat Gefängnis und 3820 Mark Geldstrafe, der Knecht eine Geldstrafe von 1000 Mark. Außerdem wurden Beide zusammen zu einer Wertersatzstrafe von 975 Mark verurteilt. Die beiden Verurteilten hatten im Herbst vor. Js. 20 Doppelzentner Zucker unverzollt über die Grenze geschafft.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[5

Ein Sommertag verging wie der andere, und Elme von Dörring lebte ihr Traumdasein weiter zwischen altem Efeu und den vielen, vielen Blumen, die in allen Sorten und Farben das Herz erfreuten.

Aber eines Tages kam Besuch. Herr Ludwig Hirchfeld fand es nun reichlich lange genug, seit man den Besitzer des kleinen, alten Efeuhauses in der kühlen Familiengruft beigesetzt hatte. Er sah nicht ein, warum er nun noch warten sollte. Worauf? Vielleicht darauf, daß ihm ein anderer die holde Mädchenblüte wegschnappte, die da so still und verborgen in all ihrer Schönheit hinter der alten Mauer strahlte? Denn wenn man Elme von Dörring erst sah, dann gab es todsicher Leute genug, die nichts auf ihre grenzenlose Armut gaben und sie womöglich vom Fleck weg heiraten wollten.

Unangenehm, diese Gedanken, mit denen er sich nun schon die ganze Zeit über gequält hatte. Zu dumm, daß sein Helfershelfer so schnell wegsterben mußte! Nun hatte man nichts, womit man das Mädel zwingen konnte. Aber schließlich war man eben doch der reiche Hirchfeld, und das schöne Mädel müßte ja nicht bei Troste sein, wenn es diesen Freier ausschlug.

Solche Gedanken waren es, die sich hinter der Stirn Hirchfelds kreuzten, als er auf dem Teppich hin und her ging.

Wie lange man ihn übrigens warten ließ. Taktlos war das, und er würde — — !

Ludwig Hirchfeld wandte sich mit einem Ruck der Tür zu. Dort stand eine junge, schlanke Gestalt, und ein paar große, rätselhafte Augen sahen ihn an.

Wahrhaftig, ihm klopfte das Herz wie einem dummen Jungen von zwanzig Jahren. Aber diese Augen! Ganz sonderbar wurde ihm unter dem ernst forschenden Blick dieser ernsten, schönen Augen.

Eine tiefe Verbeugung, dann sagte Ludwig Hirchfeld:

„Guten Tag, mein gnädiges Fräulein. Ich bin gekommen, um die Frage an Sie zu richten, ob Sie meine Frau werden wollen. Ihr verstorbener Herr Vater hatte doch jedenfalls die Güte, Sie bereits früher in Kenntnis zu setzen von dem, was ich beabsichtigte."

Elme stand hoch aufgerichtet da.

„Es tut mir sehr leid, Ihnen sagen zu müssen, daß ich Ihre Frau nicht werden kann."

Er starrte sie an. Worte fand er nicht gleich, denn er war zu sehr erschrocken. Endlich sagte er:

„Vielleicht war ich zu voreilig? Verzeihen Sie, aber ich war tatsächlich in Sorge, daß mir einer zuvorkommen könnte. Ich bitte um Verzeihung, Sie sind noch in Trauer, das hätte ich mir doch eigentlich denken können. Ich gewähre Ihnen gern Bedenkzeit."

Elmes Mundwinkel zuckten verächtlich.

„Ich brauche diese Bedenkzeit nicht, und ich glaube ehrlicher zu handeln, wenn ich Ihnen schon heute sage, daß ich weder jetzt noch später Ihren Antrag annehmen werde."

Ludwig Hirchfeld überlief es siedendheiß. Dieses Mädel hier nicht besitzen, all diese Schönheit einem anderen überlassen? Nicht auszudenken.

„Mein gnädiges Fräulein, ich bin unermeßlich reich. Sie werden doch nicht so töricht sein und dieses Leben in Armut einem Leben an meiner Seite vorziehen?"

Er wußte nicht, der Herr Ludwig Hirchfeld, wie plump er sich jetzt den letzten Rest Achtung verscherzt hatte.

Elme von Dörring warf den schönen Kopf zurück, sagte klar und fest:

„War ich nicht deutlich genug? Ich will Ihre Frau nicht werden. Weder jetzt noch später. Und ich bitte Sie, mich jetzt zu verlassen."

Sprachlos vor Enttäuschung und Wut sah er sie an. Dann ging er zur Tür, dicht an ihr vorüber.

„Wenn der beste Wille schnöde verkannt wird, dann kann man das nicht ändern. Doch ich weiß schon heute, daß der Tag kommen wird, an dem Sie froh sein werden, wenn Ludwig Hirchfeld Ihnen seinen Namen und sein Geld anbieten würde."

Nachdem er sich so einen möglichst guten, wenn auch theatralischen Abgang gesichert hatte, ging er.

Elme von Dörring faltete die Hände.

„Lieber Gott, laß mir die armselige Heimat hier, damit ich immer und immer Leute seines Schlages zurückweisen kann."

* * *

„Frau von Löwenried wünscht dem gnädigen Fräulein einen Besuch zu machen", meldete Anton eines Tages, als es draußen schon stark herbstelte und er bereits im Gartenzimmer eingeheizt hatte.

Elme sah ihn fassungslos an.

„Frau Geheimrat von Löwenried? Sie ist sehr stolz und sie hat uns bisher streng gemieden. Warum kommt sie nun auf einmal? Ich weiß nicht, ob ich sie empfangen soll. Es liegt zuviel zwischen einst und jetzt."

Schweigend stand der alte Mann vor seiner jungen Herrin. Aber in seinen treuen Augen las sie die dringende Bitte, diesen Besuch anzunehmen.

„Ich lasse bitten, Anton."

Und Anton ging. Wenig später schloß er die Tür hinter einer hohen, ehrfurchtgebietenden Frauengestalt.

„Herzlich willkommen, Frau Geheimrat", sagte Elme und küßte die Hand der Dame.

Frau von Löwenried umarmte das junge Mädchen herzlich. Ihre Stimme klang warm und mütterlich:

„Liebe kleine Elme, ich war immer eine Freundin der Dörrings. Nur in den letzten Jahren konnte ich nicht mehr zu Ihnen kommen. Wir wollen lieber nicht erst von all dem Traurigen sprechen, was bis jetzt in Ihrem Leben war. Es wird auch für Sie wieder Sonnenschein kommen, glauben Sie mir. Und ich bin heute gekommen, Sie zu bitten, doch recht oft in meinem Hause zu sein, Elme. Ich möchte Mutterstelle an Ihnen vertreten und ich glaube, daß es ganz im Sinne Ihres lieben Mütterchens sein würde."

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg